

Parteitags-Krise in der SED

Schlechter Start ins „Jahr der großen Initiative“ — Sowjetische Befehle

Berlin (Eigenbericht). Mit Grotewohl aus Moskau gekommene Instrukteure des Zentralkomitees der KPdSU bringen seit 14 Tagen ihre sowjetdeutschen Genossen in Angst und Verzweiflung. Nicht nur, daß sie sich umgehend die Krawallaktionen der Ostberliner SED zum Vierertreffen verbaten, sie verlangen jetzt die Durchführung des IV. SED-Parteitags bis spätestens April 1954, obwohl das SED-Zentralkomitee diesen Parteitag bereits auf den Herbst verschoben hat.

So ist die SED zwischen zwei Feuer geraten: Von der Viererkonferenz kann sie noch nicht wissen, wie sie sich auf ihr weiteres Machtverhältnis auswirken wird, auf dem Parteitag aber kann sie nichts festlegen, ehe sie nicht den Ausgang der Viererbesprechungen kennt. Dazu kommt, daß sich die gesamte Partei seit dem 17. Dezember in ständigem Alarmzustand befindet. Grund dafür ist die Sorge des Zentralkomitees, daß in diesen Wochen ein neuer Volksaufstand ausbrechen könnte. Die Parteiarbeit ruht in diesem Durcheinander, die Termine rücken näher und das Ganze wird von der SED-Presse überschrieben: „1954 — Jahr der großen Initiative!“

Völliges Durcheinander

Im SED-Politbüro hatte man gehofft, den Parteitag wegen der Viererkonferenz bis zum Herbst verschieben zu können. Den sowjetischen Beratern wurde erklärt, man müsse erst die Lage in der Zone festigen und einige Versprechungen in der Frage der Versorgung einlösen. Gleichzeitig entstand die Parole vom angeblich für Januar zu erwartenden Volksaufstand, der die Alarmbereitschaft der Partei erfordere. Doch die Sowjets schienen die damit verbundene Absicht der SED zu merken.

Noch am 2. Januar fand daher eine Kaderkonferenz unter

Leitung Ulbrichts statt, auf der man die Lage besprach. Kaderchef Matern gab den Situationsbericht:

Von 14 Bezirken der Zone hatten 12 noch nicht die nach dem 17. Juni notwendig gewordene Kaderumstellung abgeschlossen. In der gesamten Partei tobten Auseinandersetzungen über „Sozialdemokratismus“ und Gewerkschaftsfragen. Die Delegiertenkonferenzen der Kreise zum Parteitag wurden, soweit sie überhaupt stattgefunden haben, höchstens von der Hälfte der Mitglieder besucht. Auf dem Lande ist jede Parteiarbeit eingeschlafen. In den Schwerpunktbetrieben haben sich die Parteimitglieder auf Grund ihrer fortdauernden Alarmübungen lächerlich gemacht. Matern erklärte: Jetzt einen Parteitag durchführen, heißt die politische Situation verkennen!“

Partei ohne Rückgrat

In den Zwischenberichten der SED-Bezirksleitungen kommt das ganze Dilemma zum Ausdruck, in das die Kommunisten seit dem 17. Juni geraten sind. Bericht aus Leipzig: 12 Prozent des Mitgliederstandes Parteiausschlüsse, 17 Prozent Parteiverfahren, vier Prozent freiwillige Austritte, Neuaufnahmen drei Prozent.

Wer diese neu aufgenommenen Kandidaten sind, läßt sich leicht erraten. Als die Partei nach dem 17. Juni ihre Kader

aufzufrischen hatte, suchte sie alle nur erreichbaren Aktivisten und gelegentlichen Mitläufer zusammen, um ihnen die Kandidatenkarte auszuhändigen. Dagegen handelt es sich bei den Ausgeschlossenen und Degradierten meist um Arbeiter und Altkommunisten, die sich am 17. Juni endgültig von der Partei abwendeten. Jetzt hat die SED den Verlust zum kleinen Teil überwunden, aber sie hat kein Rückgrat mehr.

Ein weiteres Hindernis ist der geänderte Wirtschaftsplan für 1954. Die Schwerindustrie wurde nach außen hin abgebaut, aber tatsächlich stagniert sie nur. Rüstungsbetriebe produzieren jetzt gleichzeitig Ausrüstungen für die Kasernierte Volkspolizei und Kinderspielzeug. Auf dem IV. Parteitag soll u. a. ein Wirtschaftsprogramm beschlossen werden, das für die nächsten Jahre Gültigkeit besitzt. Wie aber kann die SED solch ein Programm beschließen, wenn sie noch nicht weiß, welchen Veränderungen ihre Politik durch die Ergebnisse einer Außenministerkonferenz unterliegt?

Und wie soll Fankows Agitation weitergeführt werden? Im Augenblick gebärdet sich Ulbricht national, morgen kann ein radikaler Kurs einsetzen. Aber es wäre auch möglich, daß die Sowjets nach der Viererkonferenz die SED in den Hintergrund schieben.

Der gegenwärtig in der Staatspartei herrschende Alarmzustand richtet sich mehr gegen die eigene Partei als gegen äußere Feinde. Die SED hat keinen stärkeren Feind als ihre eigene Unfähigkeit und Unzulänglichkeit.

J. B. Gradl:

Wehrhoheit als Grundrecht

Seit dem 4. Dezember vorigen Jahres liegen dem Bundestag zwei Anträge aus den Koalitionsparteien vor, durch Ergänzung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik ausdrücklich das Grundrecht der Wehrhoheit festzustellen. Die entscheidenden Sätze, die in die Bundesverfassung eingefügt werden sollen, lauten: „Die Verteidigung der Bundesrepublik ist Sache des Bundes. Durch Bundesgesetz kann die Wehrpflicht eingeführt werden.“ Daneben soll klargestellt werden, daß die Bestimmungen des Grundgesetzes dem Abschluß und dem Inkraftsetzen der Verträge von Bonn und Paris, also insbesondere der EVG, nicht entgegenstehen. Da ein deutscher Verteidigungsbeitrag ohne Wehrhoheit und Wehrpflicht nicht möglich ist und da die sozialdemokratische Opposition seit Jahr und Tag behauptet, die EVG stehe zur bisherigen Fassung des Grundgesetzes in Widerspruch, ist die von Regierung und Regierungskoalition vorgeschlagene Änderung des Grundgesetzes eine logische Konsequenz.

Akuter Konflikt

Der akute Konflikt, der über diesen alten Streitfall hinaus in den letzten Tagen zwischen Regierung und Opposition ausgebrochen ist, geht darum, ob die Wehrhoheit der Bundesrepublik durch das vorgeschlagene Änderungsgesetz jetzt schon in der Verfassung ausdrücklich verankert oder ob erst der Verlauf der Berliner Konferenz abgewartet werden soll.

Nach mannigfachen Verlaufbarungen wünscht die Sozialdemokratie die Verschiebung der Angelegenheit bis nach der Viererkonferenz, weil sie das „im Sinne der Erhaltung einer ungestörten Atmosphäre zwischen den großen Vier für notwendig hält“. Positiv ausgedrückt, besagt diese Meinung der SPD, eine Wehrgängung der Verfassung der Bundesrepublik störe die Atmosphäre. Das ist eine ernste Frage, denn kein Deutscher darf ein Interesse daran haben, dem erwünschten

positiven Verlauf der Konferenz irgendein Hindernis in den Weg zu legen.

Pankower Geschrei

Aber ist die vorgesehene Ergänzung der Verfassung ein solches Hindernis? Diese Frage kann man nicht, wie es die SPD tut, schon deshalb bejahen, weil die Verankerung der Wehrhoheit dem Osten mißfällt. Natürlich gefällt sie ihm nicht, wie ihm alles nicht gefällt, was jenseits seines Machtbereiches stärkend und festigend wirken könnte. Und als ob wir das nicht durch allzu reichliche Erfahrungen bereits wüßten, hat der in Pankow neugebildete sogenannte „Ausschuß für deutsche Einheit“ noch ausdrücklich erklärt, die Wehrdebatte dürfe „unter keinen Umständen“ stattfinden, weil dadurch die Atmosphäre vergiftet würde. Vergiftet? Wer hat eigentlich bisher vergiftet? Diejenigen, die auch heute noch keinen einzigen Soldaten „auf die Beine gestellt“ haben, die sich kaum zur Erhöhung des Bundesgrenzschutzes auf ganze zwanzigtausend Mann aufschwingen können und jetzt glücklich bei der Debatte über einen einschlägigen Verfassungsparagraphen angelangt sind? Oder die, die in der Sowjetzone bereits mehr als ein Hunderttausend-Mann-Heer in ihren Kasernen haben?

Zweifellost ist dem Krenl eine deutsche Wiederbewaffnung unter westlichem Schirm unbehaglich. Und man geht nicht fehl in der Annahme, daß diese Perspektive zwar keineswegs den einzigen, aber einen sehr wesentlichen Grund für die Bereitschaft des Krenl zum Vierergespräch geliefert hat. Infolgedessen kann man auch annehmen, daß in dem Verhandeln um den deutschen Verteidigungskomplex einer der Schwerpunkte der Berliner Konferenz und ein Ansatzpunkt für konstruktive Verständigung liegt.

Aber nur, wenn die Formierung deutscher Verteidigungskraft aus der bisherigen Sphäre rein theoretischer Überlegungen in den Bereich der Realität rückt! Das gerade muß der eigentliche Sinn der Wehrgängung der Bundesverfassung sein, daß auf deutscher Seite auch das letzte formale Hindernis beiseite geräumt werden soll.

So sehr wir von der Viererkonferenz mit heißem Herzen einen Erfolg im Sinne der Wiedervereinigung, und zwar einen schnellen Erfolg wünschen, so nüchtern müssen wir uns doch immer vor Augen halten, daß die Sowjets nicht nur Verhandlungspartner besonderer Art sind, sondern auch eine günstige Ausgangsposition zu besitzen meinen. Sie nehmen sich nicht nur Zeit beim Verhandeln, sondern sie glauben auch, Zeit zu haben.

Während im Westen immer wieder Schwierigkeiten und Hindernisse auftauchen und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nur schon jahrelang in Diskussionen hängenbleibt, hat sich der Krenl seine osteuropäische Verteidigungsgemeinschaft längst geschaffen. Der kürzlich durch eine Vorbemerkung noch besonders hervorgehobene Leitartikel der „Berliner Zeitung“ hat das mit höhnischer Genugtuung festgestellt mit den Worten: Europa und die NATO befänden sich „nicht nur den zahlreichen Heeresgruppen der Sowjetarmee gegenüber, sondern auch polnischen und tschechoslowakischen Divisionen, ungarischen Honveds, rumänischen Gebirgsjägern, bulgarischen Artilleristen und Pionieren und hunderttausend albanischen Scharfschützen“. Ob sich der Krenl auf alle diese Satellitenformationen im Ernstfall verlassen könnte, darüber kann man streiten. Jedenfalls ist von einer Rücksicht des Krenl auf die Verhandlungsatmosphäre zugunsten der westlichen Verhandlungspartner dabei nichts zu spüren. Er hat seine Formationen...

Verhandlungsgegner

Das ist der Verhandlungsgegner, wie er wirklich ist. Und wenn man mit ihm zu einem guten Ende weiterkommen will, dann muß man ihm ebenso realistisch begegnen. Das heißt, man muß ihm deutlich machen, daß die Zeit während der Verhandlungen auch im Westen nicht stille steht. Man muß sich ehrlich bemühen, diese andere Welt des Krenl zu verstehen, und mit bestem Willen verhandeln — aber man muß auch handeln in dieser Zeit. Zu diesem Handeln gehört die Schaffung einer deutschen Verteidigungskraft.

Richtige Antwort

Mainz (DPA). Das Postamt Mainz hat es dieser Tage abgelehnt, ein Telegramm der KPD-Landesleitung von Rheinland-Pfalz an Wilhelm Pieck weiterzuleiten.

Der Leiter des Mainzer Postamtes erklärte, das Telegramm habe derartig von politischen Unwahrheiten gestrotzt, daß eine Weiterleitung nicht habe verantwortet werden können.

1000 DM Geldstrafe

Berlin (Eigenbericht / DPA). Wegen Beleidigung des Vorsitzenden der 4. Großen Strafkammer in Moabit, Landgerichtsdirektor Dr. Fritz Siemon, verurteilte das Schöffengericht Tiergarten den Rechtsanwalt Dr. Friedrich Kaul zu 1000 DM Geldstrafe, ersatzweise zu 25 Tagen Gefängnis.

Dr. Kaul gehört der SED an, und tritt häufig in Strafprozessen wegen politischer Delikte vor Westberliner Gerichten als Verteidiger auf.

SED-Versammlungen verboten

Berlin (DPA). Drei für Dienstagabend in Westberlin geplante SED-Versammlungen sind am Montag von der Polizei verboten worden. Nach Mitteilung der Polizei seien bei den angekündigten Versammlungen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu erwarten.

Freier Zeitungsvertrieb!

Berlin (Eigenmeldung). Ein Sprecher des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen forderte über den RIAS die Zulassung und Vertriebsfreiheit für alle Zeitungen in ganz Deutschland. *Die einseitigen Bestimmungen der Sowjetzonen-Postzeitungsliste sollten aufgehoben und ein freier und ungehinderter Vertrieb aller Zeitungen gewährleistet werden:

„Wir haben keine Angst vor der kommunistischen Presse. Sie wird einfach nicht ernst genommen. Aber es wäre ein großer Fortschritt, wenn die SED so viel Vertrauen in ihre eigene Leistung setzen würde, daß sie auch Zeitungen und Zeitschriften anderer politischer Richtungen aus ganz Deutschland in der Sowjetzone dulden könnte.“

Vorbereitung für Wiedervereinigung

Bei aller Nüchternheit, die angesichts der Berliner Außenministerkonferenz angebracht ist, kann sich niemand der geradezu erregenden Stimmung entziehen, die von den Überlegungen über die Wiedervereinigung ausgeht. Da es sich hierbei nicht nur um ein deutsches, sondern ein Problem der Weltpolitik handelt, muß diese Erregung von einem kühlen politischen Willen geleitet werden.

Der vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen im März 1952 ins Leben gerufene „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ ist inzwischen nicht müßig gewesen. Angesichts der tiefgreifenden politischen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen in der Sowjetzone leuchtet es ein, daß es eine Stelle in Deutschland geben muß, die sich mit den Einzelheiten dieser Probleme, wenn auch zunächst rein theoretisch, beschäftigt.

Der Forschungsbeirat hat im Juli 1953 der Bundesregierung drei Thesen als Empfehlungen überreicht, nämlich 1. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach der Wiedervereinigung, 2. außerordentliche Besteuerung des

Konsums und 3. Beseitigung der sowjetzonalen Zwangswirtschaft auf agrarischem Gebiete. Außerdem haben die Arbeitsgruppen des Forschungsbeirats eine Reihe von Teilbilanzen vorgelegt mit dem Ziele, Betriebe auf dem industriellen und landwirtschaftlichen Sektor sowie auf dem Gebiete des Handels zu reprivatistieren und in ihrer Organisation und ihrer berufsständischen Vertretung wieder funktionsfähig zu machen. Von besonderer Bedeutung dabei sind die Fragen des Geld- und Kreditwesens, die Ordnung des Marktapparates sowie des Preis- und Lohnsystems.

So wenig über die Einzelheiten dieser Tätigkeit mitgeteilt werden kann, um so beruhigender ist das Bewußtsein, daß der Forschungsbeirat seine Arbeit auf die Entwicklung in der Sowjetzone abstellt.

Das Ministerium selbst entwickelte konkrete Vorschläge für die Durchführung freier und geheimer Wahlen und einen dazu eventuell notwendigen internationalen Kontrollapparat. Es erörterte die Grundzüge für eine künftige gesamtdeutsche Verfassung und die Grundlagen für die Kompetenzen einer vorläufigen Regierung.

Sicherheit in Westberlin

Im Hinblick auf die kommende Viererkonferenz hat sich Otto Nuschke in einer Pressekonferenz der sog. Nationalen Front wiederum mit der Frage der Sicherheit in Westberlin befaßt, die er auf sowjetischen Befehl vorher bereits in der „Neuen Zeit“ provokatorisch behandelt hatte. Seine Forderung besteht darin, daß „das Treiben der amerikanischen und westdeutschen Agentenorganisationen in Westberlin unterbunden werden müßte, wenigstens für die Zeit der Viererkonferenz“.

Zu Otto Nuschkes Beruhigung über die Sicherheit in Westberlin ist festzustellen:

1. Sowjetische Minister, Diplomaten und sonstige hohe Funktionäre sind in Westberlin, wie die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, sicherer als in Moskau.

2. Die Beteiligung sowjetischer oder sowjetdeutscher Organe an dem Westberliner Sicherheitsdienst während der Konferenz steht völlig außer Frage. Wir wollen die Vopos sehr gerne sehen, wenn sie — wie im vergangenen Jahre mehr als 4000 — zu uns in die Freiheit kommen. Als amtierende Funktionäre der sowjetdeutschen „Staatssicherheit“ würden sie jedoch nur Unsicherheit nach Westberlin bringen. Das ist in keiner Weise auch nur denkbar.

3. Die einzige von den Verhältnissen anderer freier Weltstädte abweichende „Unsicherheit“ in Westberlin lag bisher darin, daß kriminelle Rollkommandos im Auftrage des sowjetdeutschen Staatssicherheitsdienstes oder sogar in fremdem höheren Auftrage häufig als Menschenräuber tätig wurden.

Eden: Zuerst freie Wahlen

Eine unabdingbare Forderung — Hinweis an Moskau

London (AP). Vierzehn Tage vor Beginn der Berliner Konferenz hat der britische Außenminister Eden der Sowjetunion zu verstehen gegeben, daß die Westmächte nicht bereit sind, von ihrer Forderung auf Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen als erstem Punkt einer Deutschlandregelung abzugehen, „denn sie ist der einzige Weg, auf dem wir zu einer repräsentativen deutschen Regierung gelangen, mit der die vier Mächte über eine Regelung der Deutschlandfrage verhandeln können“.

Das gleiche gelte von den westlichen Verteidigungsplänen. „Wir können unsere Verteidigungsvorkehrungen nicht als Bedingung für ein Übereinkommen aufgeben.“

Edens Erklärung wird in politischen Kreisen Londons als ein Hinweis angesehen, daß die UdSSR ihre Einstellung ändern muß, wenn in Berlin ein Fortschritt erzielt werden solle. Von anderer westalliiert Seite wurde erklärt, eine „Rückkehr zu Potsdam“ komme nicht in Frage.

Die drei Westmächte werden unmittelbar vor der Viererkon-

ferenz zu einer Vorbesprechung in Berlin zusammenkommen. An diesem Treffen, bei dem die Standpunkte der Westmächte koordiniert werden sollen, nehmen bereits die Außenminister Dulles, Eden und Bidault teil.

Bonn (DPA). Die deutschen Erwägungen und Vorschläge für die Berliner Konferenz sind von alliierter Seite „durchweg positiv“ aufgenommen worden, wurde amtlich in Bonn erklärt.

Berlin (epd). Am Vortage der Viermächtekonferenz in Berlin, am 24. Januar, findet in der Ost-Berliner Marienkirche ein Fürbittegottesdienst statt, den Bischof Dibelius hält. Der Bischof appellierte an die Christen in aller Welt, sich dieser

Fürbitte für die an der Konferenz beteiligten Politiker anzuschließen.

Ergebnislose Verhandlungen

Berlin (Eigenmeldung). Die ersten Vorbesprechungen über den Tagungsort der Berliner Konferenz und andere technische Fragen sind bisher ergebnislos verlaufen. An den bisher insgesamt drei Sitzungen, die im britischen, sowjetischen und amerikanischen Hauptquartier in Berlin stattfanden, nahmen die westalliierten Stadtkommandanten und der sowjetische Beauftragte S. A. Dengin teil.

Wie verlautet, haben die Sowjets Einwände gegen das Gebäude des ehemaligen alliierten Kontrollrats als Tagungsort für die Konferenz erhoben und den Vorschlag gemacht, einen Teil der Sitzungen im Ostsektor abzuhalten.

Initiative jetzt beim Westen

Amerika hält am Atlantikpakt fest

Washington (AP/DPA). In seiner traditionellen Jahresbotschaft über die „Lage der Nation“ erklärte Präsident Eisenhower vor dem US-Kongreß, es sei der freien Welt im abgelaufenen

Jahr gelungen, die Initiative im Ost-West-Konflikt zu ergreifen. Es sei das Ziel der amerikanischen Politik, diese Initiative im neuen Jahr zu erhalten.

Mit Nachdruck erklärte er, daß die amerikanische Politik in Europa fest auf dem Atlantikpakt begründet bleibe. Innerhalb der NATO sei die Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft für ein freies Europa lebenswichtig. Ein deutscher Verteidigungsbeitrag würde die Sicherheit Europas und der freien Welt um ein Vielfaches stärken.

Eisenhower unterstrich seine Bereitschaft zu Verhandlungen mit der Sowjetunion, sofern „eine vernünftige Aussicht auf konstruktive Ergebnisse besteht.“ „Da wir unsere militärische Stärke während des kommenden Jahres beibehalten und die Beziehungen zu unseren Verbündeten enger knüpfen werden, werden wir in einer besseren Position für Verhandlungen mit der Sowjetunion über wichtige Fragen sein.“

Für den Ausbau der Verteidigung im Haushaltsjahr 1954/55 forderte Eisenhower fast eine Milliarde Dollar mehr als für 1953.

Neue Atomversuche

Washington (DPA/AP). Die USA gaben bekannt, daß sie eine Reihe neuer geheimer Atomwaffen-Versuche im Pazifik vorbereiten.

Es soll sich, wie verlautet, um die schwersten von Menschen ausgelösten Explosionen der Geschichte handeln. Unterrichtete Kreise in Washington glauben, daß auch Wasserstoffbomben oder ähnliche Kampfmittel in die Versuchsreihe einbezogen werden.

London: Keine Kriegsgefangenen mehr

London (Eigenmeldung). Ein Sprecher des Foreign Office stellte fest, es würden keine deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien in Gewahrsam gehalten. Ebenso befänden sich keine deutschen Kriegsgefangenen oder deutsche Staatsangehörige, die wegen Verbrechen gegen Großbritannien während der

Kriegszeit verurteilt wurden, in Gefängnissen in Großbritannien.

Nach Rußland verschleppt

Berlin (KNA). Nach Aussagen entlassener Häftlinge aus der Sowjetunion befinden sich in zahlreichen sowjetischen Zwangsarbeitslagern auch verurteilte Geistliche beider Konfessionen, darunter deutsche Staatsangehörige. Alle Bemühungen auch kirchlicher Stellen, über das Schicksal der Verschleppten durch deutsche Dienststellen der Sowjetzone oder durch die Sowjets Einzelheiten zu erfahren, waren bisher ohne Erfolg.

In vielen Arbeitslagern werden auch Geistliche, Ordensbrüder und Ordensschwwestern aus der UdSSR, aus dem Gebiet der ehemaligen baltischen Staaten und den Satellitenländern festgehalten. Die inhaftierten Geistlichen dürfen in den Lagern keine Gottesdienste abhalten.

Das Drama der verlassenen Höfe

Sechs Monate „Neuer Kurs“ in der Landwirtschaft der Sowjetzone

Als Pankow sich am 11. Juni 1953 entschließen mußte, auch für die Landwirtschaft den „Neuen Kurs“ zu verkünden, waren bereits annähernd 700 000 ha Ackerland herrenlos, ihre Besitzer verhaftet oder geflüchtet. Noch in den ersten 12 Tagen des Monats Juni 1953 flüchteten 4912 Bauern einschließlich Familienangehörigen nach Westberlin und ließen eine Fläche von 42 458 ha zurück. Selbst die SED merkte, daß bei gleichbleibenden Zwangsmaßnahmen die herrenlosen Flächen sich in Kürze verdoppelt und verdreifacht hätten.

Man erließ deshalb eine Reihe von Regierungsbeschlüssen, die tatsächlich den Anschein erwecken konnten, Pankow wolle die Lage der freien Bauern bessern. Kurz nacheinander wurden angeordnet:

1. Erleichterungen in der Pflichtablieferung,
2. Ermäßigung des Ablieferungssolls von Obst und Gemüse um 45 Prozent,
3. Kreditgewährung für Einzelbauern,
4. Rückgabe häuerlicher Betriebe,
5. Aufhebung der Verordnung vom 19. 2. 1953, nach der Höfe beliebig zu „devastierten Betrieben“ erklärt und enteignet werden konnten,
6. Aufhebung der Anweisung der willkürlichen Beschlagnahme von privaten landwirtschaftlichen Maschinen durch die MAS,
7. Überprüfung der Urteile gegen Bauern, die das Soll nicht erfüllen konnten, und Rückgabe der enteigneten Betriebe,
8. Stundung und Erlaß rückständiger Steuern.

„Gesenktes“ Ablieferungssoll

Durch diese Verordnung sollte die Bauernflucht gestoppt werden, und die Flüchtlinge wollte man an ihre Arbeitsstellen zurücklocken. Das Ablieferungssoll an tierischen und pflanzlichen Produkten für das Jahr 1953 war gegenüber 1952 bei lebend Vieh ohne Schweine um 22,4 Prozent, bei Schweinen um 18,7 Prozent, bei Milch um 18,2 Prozent, bei Eiern um 23 Prozent erhöht worden und konnte von fast keinem Bauern erfüllt werden. Dabei bekamen die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit einer Fläche von 783 589 ha noch zusätzlich eine Sollermaßigung von 10 bis 15 Prozent,

Auf Grund dieses dann im Juni 1953 „ermäßigten“ Ablieferungssolls behauptet Pankow, jeder Bauer habe nunmehr einen „ungeheuren“ Mehrverdienst. In Wirklichkeit sind jedoch Ermäßigungen außer bei Getreide keineswegs vorhanden. Eine Gegenüberstellung vom Soll 1952 zum „ermäßigten“ Ablieferungssoll 1953 zeigt noch immer eine Erhöhung von lebend Vieh um 3,4 Prozent an; zahlenmäßig besteht zwar eine Verringerung bei Schweinen um 1,9 Prozent, bei Milch um 9,1 Prozent, bei Eiern um 1,6 Prozent, bei Getreide um 16,3 Prozent und bei Kartoffeln um 3,4 Prozent.

Es bleibt aber unerwähnt, daß die 700 000 ha herrenlose Flächen nur 50 Prozent des Ablieferungssolls haben und die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durchschnittlich 20 Prozent weniger aufbringen müssen als die Privatbetriebe. Die Ermäßigungen müssen also von den Privatbauern aufgebracht werden, für die es damit überhaupt keine Sollermaßigung gibt.

Versprechen für 2 Wochen

Ebensowenig haben die anderen Verordnungen des „neuen Kurses“ den selbständigen Bauern Erleichterungen gebracht. Wirkte sich hier oder dort im Laufe der Zeit eine günstig für die Bauern aus, wurde sie zurückgezogen oder ihre Ausführung gehemmt. So hat man z. B. die geflüchteten Bauern aufgefordert, auf ihre verlassenen Betriebe zurückzukehren, und ihnen dafür Wirtschaftskredite und Steueraufschub versprochen. Hatte man aber vorher verfügt, daß die abwesenden Besitzer von Grundstücken auch einen Bevollmächtigten oder Treuhänder für die Übernahme ihres Eigentums bestimmen könnten,

so war das nach 14 Tagen schon wieder ungültig.

Andererseits wurden an zurückgekehrte Bauern nur Höfe zurückgegeben, die für die Fortführung eines Staatsbetriebes oder einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft keine Bedeutung hatten. Bekam der Bauer wirklich seinen Hof zurück, hatte er die beträchtlichen Schulden und überhöhen Kosten für Aufwendungen, die während seiner Abwesenheit aufgelaufen waren, mit Vorrang zu bezahlen,

Die Summen betragen im Durchschnitt bei Betrieben von 40 bis 50 ha für ein halbes Jahr 20 000 Mark. Viele Bauern verzichteten auf ihr Eigentum, weil sie wußten, daß dieses Geld gar nicht aufzubringen war.

Im Juni hatte man versprochen, daß verurteilte und wieder freigelassene Bauern ihren enteigneten Betrieb zurückbekommen sollten. Bald darauf wurde aber verfügt, daß diese Betriebe lediglich zur Nutzung an die Besitzer zu übergeben seien. Aber auch nur, wenn kein Staatsbetrieb und keine Produktionsgenossenschaft Interesse daran hatte.

Auch die anderen Verordnungen wurden nicht eingehalten. So bekamen die privaten Bauern nur kurzfristige Kredite zur Einbringung der Ernte, die 50 Prozent vom Erlös der Ablieferungsaufgabe nicht übersteigen durften und dann noch mit Vorrang aus dem Ablieferungssoll einbehalten wurden. Die versprochenen langfristigen Kredite wurden privaten Bauern überhaupt nicht gewährt.

Im Juni wurde auch versprochen, die Sollerfassung werde künftig in einer erträglichen Form durchgeführt werden. Davon ist heute nichts mehr zu spüren.

Die Erfassungsmethoden sind brutal und rücksichtslos. Erfassungsaktivs bevölkern die Dörfer und scheuen sich nicht, die Saatkartoffeln zu beschlagnahmen und ohne Berechtigung Hausdurchsuchungen vorzunehmen.

Wie sich der „Neue Kurs“ ausgewirkt hat, zeigt sich am deutlichsten in den steigenden

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Am 25. Oktober 1953 wurde der Ortsgruppenvorsitzende der CDU in Rößel (Meckl.), Gerhard Beyer, Vater von drei Kindern, vom SSD aus der Wohnung heraus verhaftet. Beyer gehörte der CDU seit dem Jahre 1946 an und befähigte sich bis zum Tage seiner Verhaftung im Interesse aller Mitglieder der CDU. Wie der größte Teil der CDU-Mitglieder war sicher auch er mit manchen Dingen innerhalb der CDU nicht einverstanden.

Und das ist nicht verwunderlich, wenn man berücksichtigt, daß seit der gewaltsamen Absetzung des legalen Vorsitzenden unserer Partei, Jakob Kaiser, durch die sowjetische Besatzungsmacht die CDU dort unter dem Vorsitz eines Otto Nuschke nur gegen den Willen der Mitglieder gearbeitet hat.

Wie kam es, daß Beyer diesem Unrechtssystem zum Opfer fiel?

Nach der sogenannten Kaiser-Krise im Herbst 1947 wurde seitens der SED-Kreisleitung in Neustrelitz/Meckl. ein aus Neustrelitz-Strelitz stammender und während der Nazizeit der SS angehörender gewisser Heinz Milbredt in die CDU lanciert. Milbredt, von Beruf Elektriker, am 12. 10. 1919 in Neustrelitz-Strelitz geboren, wurde von der SED unter Zuhilfenahme der nach der sogenannten Kaiser-Krise eingesetzten CDU-Leitung in Neustrelitz Kreisrat für Sozialwesen, obwohl er keinen blauen Schimmer von diesen Dingen hatte. Während dieser Zeit arbeitete er mit dem SSD in Neustrelitz zusammen und ist verantwortlich für die Verhaftung des ebenfalls der CDU angehörenden ehemaligen Rechtspflegers in Neustrelitz, Hans Rogge. Wahrscheinlich als Belohnung für diese SSD-Dienste — auf keinen Fall aber auf Grund seines Könnens — wurde Milbredt im Jahre 1953 als Kreisrat für Wirtschaft und stellvertretender Vorsitzender des Rates des Kreises nach Waren/Müritz versetzt. Dort hatte er ebenfalls die Aufgabe, Hand in Hand mit dem SSD zu arbeiten. Er gab sich als echter CDU-Mann aus und gewann das Vertrauen mancher CDU-Mitglieder, auch das des Gerhard Beyer, als dessen bester Freund er sich gegenüber mißtrauischen

Verwandten des Beyer ausgab. Am 24. Oktober früh gegen 5.00 Uhr fuhr Milbredt mit seinem Dienstwagen bei Beyer vor und bat ihn, gemeinsam mit ihm nach Berlin zu fahren, da er — Milbredt — beabsichtige, mit Beyer zusammen das Ostbüro der CDU aufzusuchen. Beyer, der sich anfangs weigerte mitzufahren, gab schließlich auf Drängen des Milbredt nach.

Nach Ankunft der beiden in Westberlin wurde Beyer vor Milbredt gewarnt. Es wurde ihm geraten, nicht wieder nach Waren zurückzufahren, da M. lediglich die Aufgabe habe, ihn dem SSD zuzuspielen. Wahrscheinlich wäre Beyer bereits von Milbredt im Ostsektor von Berlin dem SSD ausgeliefert worden, und man hätte dann

wieder einen „Sabotage- und Spionagefall“ konstruieren können. Das hätte dann ausgezeichnet in die Linie des Märchenonkels Otto Nuschke gepaßt. Beyer fuhr deshalb nicht mit M. zurück, obwohl dieser ihn drängte, auf der Rückfahrt wieder seinen Dienstwagen zu benutzen. Aus Sorge um seine Familie fuhr Beyer jedoch in der Nacht vom 24. zum 25. Oktober zurück, um seine Angehörigen nicht im Ungewissen zu lassen. Am Abend des 25. Oktober werden vor dem Hause des Beyer mehrere verdächtige Zivilisten beobachtet, die — nach ihrem Verhalten zu urteilen — eine Verhaftung vornehmen wollen. Obwohl diese SSD-Angehörigen sich vor der Wohnung Beyers aufhalten, erscheint Milbredt in der Wohnung des Beyer, um ihn zu sprechen, obgleich er doch von Beyer in Berlin gehört hatte, daß er einige Tage dort bleiben wollte. Als Milbredt festgestellt hatte, daß Beyer sich in seiner Wohnung aufhält, verließ er auffallend hastig das Haus, und sofort erschienen zwölf SSD-Angehörige, die Beyer mit vorgehaltenen Pistolen verhafteten.

Bewohner der sowjetisch besetzten Zone! Lernt aus diesem Fall! Seid vorsichtig, denn es gibt noch mehr Lockspitzel als Milbredt! Laßt Euch nicht zu Unvorsichtigkeiten verleiten, auch nicht von sogenannten Freunden! Wenn Ihr nach Berlin wollt, fahrt allein! Beobachtet Eure Spitzel und gebt uns Mitteilung über sie! Wir müssen auch über Wohnungsveränderungen solcher Lumpen unterrichtet werden.

Wieder Bauernflucht

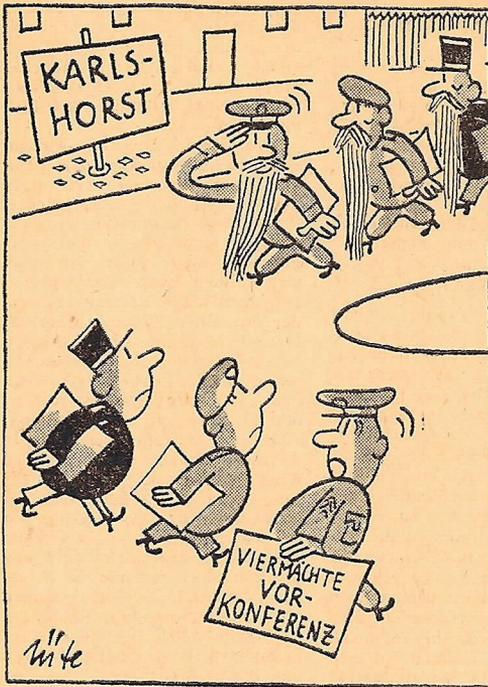
(Fortsetzung von Seite 5)

Zahlen der seit Juni nach Westberlin gekommenen Flüchtlinge.

Während sich im Monat August nur 201 Bauern, einschließlich Familienmitglieder, mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 1213 ha und 66 Einzelbetrieben, auf der Flüchtlingsstelle registrieren ließen, kamen bereits im November 868 Bauern mit 3016 ha und 197 Einzelbetrieben als Flüchtlinge.

Die neue Verordnung vom 29. 10. 1953 über die Pflichtablieferung und den Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse

für das Jahr 1954 zeigt nun endgültig, daß die Kommunisten ihre Versprechungen nicht einhalten wollen. In dieser Verordnung wird verfügt, daß 40 Prozent der Sollrückstände aus dem Jahre 1952 und die vollen Rückstände von 1953 mit Vorrang zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1954 abzudecken sind. Der § 30 enthält die Strafbestimmungen, wonach jeder Bauer wieder nach der Wirtschaftsstrafverordnung vom 23. 9. 1948 zur Verantwortung gezogen wird, sofern er seiner Ablieferungsverpflichtung nicht oder nicht rechtzeitig nachgekommen ist.



„Hoffentlich kein böses Omen, das ist die Alliierte Luftsicherheitskonferenz!“

Östliche Telefonsorgen

In Budapest sind innerhalb eines einzigen Monats von „unbekannten Vandalen“ 250 Telefonzellen beschädigt worden. Die Zeitung „Esti Budapest“ veröffentlichte prompt empörte Leserbriefe. Die Budapestener meinen allerdings, in den Zellen funktionierten seit langer Zeit so wenig Apparate, daß die Leute anscheinend ihren Ärger darüber an den Telefonzellen ausließen.

Weiterer Verdruß mit Telefonzellen wird aus Prag gemeldet. Dort sind die Zellen zwar in Ordnung, aber die Leute haben nicht die entsprechenden Münzen, die für den Gebrauch der Telefonhäuschen nötig sind. Vor der Währungsreform im Juli mußte man zwei Kronenstücke in den Schlitz werfen. Nach der Währungsreform wurden die alten Münzen eingezogen. Darauf gab der städtische Telefondienst als provisoi-

rische Maßnahme eine kleine Anzahl von 20-Heller-Ersatzstücken aus, die benutzt werden sollten, bis die Apparate auf neue 20-Heller-Stücke umgestellt sind. Im November waren die Apparate jedoch noch nicht umgestellt, und die Tschechen müssen sich immer noch mit den wenigen Ersatzmünzen begnügen, die man nur zu Schwarzmarktpreisen bekommt.

Neue FDJ-Aufgabe

Bei Treibjagden, die dieser Tage im Bezirk Magdeburg in den Vorläufern des Ostharzes für Angehörige der Bezirksverwaltung, Parteifunktionäre und sowjetische Gäste veranstaltet wurden, mußte die FDJ die Treibermannschaften stellen. Nach der Jagd lieferte man in das Kreiskrankenhaus von Wanzleben zwei FDJ-Angehörige mit Schußverletzungen ein.

Nur flüstern . . .

Der Störsender

Zigeuner haben den Ruf, gewandte Diebe zu sein. Einem Agenten der Sicherheitspolizei kam ein Zigeuner, der intensiv in das Schaufenster eines Radioladens starrte und dann in den Laden ging, höchst verächtlich vor.

Der Zigeuner, der anscheinend ganz wohlhabend war, bat die Verkäuferin, ihm ein neues Radiogerät zu zeigen und wie man es bediene. Das Mädchen stellte den Apparat an und drehte die Skala unauffällig auf westliche Sender. Als der Zigeuner sah, daß das Radio funktionierte, bezahlte er es und nahm es mit nach Hause. Der Agent folgte ihm. Als der Zigeuner zu Hause war, stellte er der Westsender ein und hörte aufmerksam zu. Plötzlich sah er den Kopf des Polizisten im Fenster. Er erschrak, griff nach seiner Geige und fing an, aus allen Kräften zu fiedeln.

„Hör' auf mit dem Lärm, Zigeuner!“ schrie der Polizist. „Was willst du eigentlich damit erreichen?“ „Ich störe die Westsender“, war die schnelle Antwort.

Angstträume

Frau Rakosi, die Gattin des ungarischen Kommunisten Matyas Rakosi, erwacht eines Morgens schweißgebadet.

„Matyas“, sagt sie zu ihrem Mann, „ich hatte einen furchtbaren Traum. Ich träumte, daß der Fünfjahresplan zwar in Erfüllung ging, aber schließlich wurden wir beide doch gehängt.“

„Sei doch nicht albern“, antwortet Rakosi, „am Ende des Fünfjahresplans wird kein Mensch ein Stückchen Zwiwn kaufen können, geschweige denn einen Strick!“

Der Ansporn

Während eines Propagandafeldzuges zur Werbung neuer Mitglieder für die tschechische kommunistische Partei wurde ein besonders eifriger Genosse vor das Parteisekretariat zitiert. Dort machte man ihm folgende Eröffnung: „Genosse, wenn du zwei neue Mitglieder wirbst, soll dir die Hälfte deines Mitgliedsbeitrages erlassen werden. Genosse, wenn du fünf neue wirbst, brauchst du überhaupt nichts mehr zu zahlen. Wenn du aber zehn neue Mitglieder zusammenbringst, dann, Genosse, werden wir dir eine amtliche Bescheinigung geben, daß du nie im Leben Genosse der KP gewesen bist.“

Ein Zentrum der Begegnung

Das Amerika-Haus in Berlin

Es wäre besser, das Amerika-Haus umzutauften. Der Name paßt nicht mehr zu einem Institut, das mehr bietet und mehr bieten will als ein Spiegelbild der Vereinigten Staaten. Amerikanisch sind die Mittel, die finanziellen, die hierfür zur Verfügung stehen, und amerikanisch ist die Leitung. Aber der „Chef“, Mr. Munsing, dem gleichzeitig die amerikanische Kulturabteilung in Berlin untersteht, fühlt sich nicht als Kulturbeamter oder gar Kulturattaché mit womöglich politisch-diplomatischem Anstrich. Er will in seinem Haus ein „Zentrum“ sehen, in dem sich jedermann zunächst einmal über das Zeitgeschehen in der westlichen Welt informieren kann.

„Das Amerika-Haus ist für Leute, die nicht reisen können“, sagt Mr. Munsing. In diesem Satz steckt mehr, als es zunächst scheint. Wer das Amerika-Haus betritt, spürt sofort die Eigenart, die nirgendwo anders in Berlin zu finden ist. Hier ist alles kostenlos. Das Bildliche — sei es als Foto- oder Kunstaussstellung, als Statistiek oder als Filmvorführung — steht im Vordergrund. Anschauungsmaterial, nicht nur von Amerika, sondern von allen Einrichtungen, die das Leben in der westlichen Hemisphäre charakterisieren. Bibliothek, Zeitungs- und Zeitschriftenräume, Lesezimmer, Seminare, Diskussionsgruppen, Vorträge, Vorführungen, Konzerte — das alles ist zu bekannt, als daß es hier noch geschildert werden müßte.

Amerika-Häuser gibt es überall in der nichtkommunistischen Welt. Berlin und Wien sind aber die einzigen Plätze, wo man auch „Ostpublikum“ willkommen heißen kann. Mr. Munsing kennt seine hiesige „Ost“-Aufgabe: Menschen zu informieren, die sonst nie objektiv informiert werden, und ihnen wenigstens für Stunden geistigen Ausgleich zu liefern.

Um diese Tätigkeit werden nicht viele Worte gemacht. Polemik gegen den Osten gibt es nicht. Das „Westliche“ soll einzig und allein vermittelt werden. Um so stärker ist der Andrang aus dem Osten.

Unterhalten die Amerikaner ein solches Haus ganz unëigen-nützig? Die Frage wird skeptisch immer wieder gestellt. Ein Eigennutz könnte höchstens darin bestehen, daß sich die Amerikaner mit ihrem Haus Sympathien erwerben. Doch dieser Eigennutz hat nicht den

allergeringsten faden Beigeschmack. Mr. Munsing will mit seinem Haus das Seine dazu beitragen, gerade auf der „Insel“ Berlin der Gefahr einer provinziellen Enge und geistigen Isolierung entgegenzuwirken. Er ist Amerikaner und als solcher gewohnt, mit letzter Offenheit und Deutlichkeit auch kritisch über Berlin zu reden. Ginge es nach ihm, würde beispielsweise hier die Sprache der Kunstkritik oder das Reagieren des Theaterpublikums noch viel schärfer und leidenschaftlicher sein, als es im Vergleich zu westdeutschen Verhältnissen ohnehin schon ist. Er, der selbst

eine starke Neigung zur modernen Malerei und zum Theater und Ballett der Gegenwart hat, spürt, daß die „politische“ Stadt Berlin heute eine erfreulichere Ergänzung im Kulturellen nötig hat.

Nach amerikanischer Auffassung sieht man hier das Ideal nicht im engen Kreis eines hochgebildeten, hochgezüchteten Premierenpublikums, sondern in einer allgemeinen Aufgeschlossenheit, um die man sich mühen muß. Der speziell amerikanische Beitrag hierzu, der nur einen Teil des Amerika-Haus-Programms ausmacht, entspringt keinem missionarischen Sendungsbewußtsein, das man den Amerikanern manchmal anzudichten versucht, wohl aber ihrer Freude, sich anderen mitzuteilen: sieht mal her, so wird das bei uns in den Staaten gemacht, so arbeiten wir, so wohnen wir, so erziehen wir unsere Kinder, so verteidigen wir uns, so verwalten wir uns und so feiern wir unsere Feste. Ein Zentrum der Anregungen am Nollendorffplatz und ein doppelter Gewinn, denn hier profitieren das westliche und das östliche Berlin.

Übersetzungs-Roboter entwickelt

In New York wurde ein Elektronengehirn vorgeführt, das russische Sätze ins Englische übersetzte. Kenner der russischen Sprache gaben der Maschine kurze Aufgaben zu lösen. Innerhalb weniger Sekunden erhielten sie die englischen Sätze.

Das „Übersetzungsgehirn“, das nach der nötigen Vorbereitung durch Wissenschaftler auch andere Sprachen übersetzen kann, ist aus einem Elektronengehirn entwickelt worden, das kernphysikalische und mathematische Aufgaben löste.

Statt auf Zahlen wurde die Maschine auf Wörter eingestellt.

Mars-Geheimnisse

Wissenschaftler aus acht Nationen werden in den nächsten drei Jahren mit den besten technischen Hilfsmitteln versuchen, dem Mars neue Geheimnisse zu entreißen. Den Anlaß dazu gibt die günstige Stellung des Planeten, der, durchschnittlich 78 Millionen Kilometer von

der Erde entfernt, sich unserer Erdkugel 1954 auf 64,5 und 1956 sogar auf 56,7 Millionen Kilometer nähert.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.